



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Vorlagen-Nummer

0533/2023

Dezernat, Dienststelle
III/68/682/3

Freigabedatum

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradabstellmöglichkeiten Heidelberger Str. (Az.: 02-1600-133-22)

Beschlussorgan

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 9 (Mülheim)	13.03.2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bedankt sich für die Eingabe der Petentin und beauftragt die Verwaltung, den Antrag auf Fahrradabstellanlagen für die Heidelberger Straße in das Arbeitsprogramm aufzunehmen und auf Umsetzbarkeit zu prüfen.

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein****Auswirkungen auf den Klimaschutz** Nein Ja, positiv (Erläuterung siehe Begründung) Ja, negativ (Erläuterung siehe Begründung)**Begründung:**

Zur Verbesserung der Fahrradabstellsituation verfolgt die Stadt Köln seit 2007 das Ziel, jedes Jahr 1.000 zusätzliche Fahrradabstellplätze im öffentlichen Raum zu schaffen. Mit der Schaffung von über 10.000 zusätzlichen Fahrradabstellplätzen in den vergangenen vier Jahren wurde diese Zielmarke deutlich überschritten und das Angebot an zusätzlichen Fahrradabstellplätzen im öffentlichen Raum nachdrücklich erhöht, um die Nutzung des Fahrrades in Köln weiter zu fördern. Im Jahr 2022 waren es über 2000 neue Abstellplätze.

Für dieses Maßnahmenprogramm erhält die Verwaltung von vielen Kölnerinnen und Kölnern großen Zuspruch und zahlreiche weitere Hinweise zur Schaffung von Plätzen zum Fahrradparken, so dass auch in Zukunft weiter bedarfsgerechte Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum geschaffen werden. Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsstelle Fahrradparken.

Der Bedarf an gemeldeten Standorten wird entsprechend der personellen Kapazitäten zunächst vor Ort geprüft und eine Umsetzung verwaltungsintern abgestimmt. Dieser Prozess kann aufgrund der Kapazitäten und Vielzahl an Anträgen mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die Verwaltung verfolgt das Ziel, die sektorspezifischen Beträge zum Klimaschutz zu erfüllen. Die hier dargestellte Maßnahme stärkt den Umweltverbund im Bereich Radverkehr und bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine adäquate Mobilitätsmöglichkeit im Vergleich zur Nutzung des privaten Pkw. Somit trägt dies zu einer möglichen Reduktion des Treibhausgasausstoßes bei. Insgesamt kann die hier dargestellte Maßnahme als positiver Betrag zum Klimaschutz bewertet werden.

Anlage

Eingabe